

## **Der Besuch der Vertreterin des IWF in Ungarn im Rahmen einer Podiumsdiskussion an der AUB**

Am Dienstag, den 27.03.2012 fand an der Andrásy Universität Budapest (AUB) eine Paneldiskussion in Form eines Brownbag-Lunches zur finanziellen Lage Ungarns sowie den daraus erwachsenden Aufgaben für die kurzfristige Fiskalpolitik statt. Der englischsprachige Vortrag wurde von der AUB in Kooperation mit der Deutschen Botschaft Budapest veranstaltet. Frau Prof. Eckardt, Professorin der Volkswirtschaft an der AUB, übernahm die Moderation der Diskussion. An der Paneldiskussion nahmen die Vertreterin des Internationalen Währungsfonds (IWF) in Budapest, Frau Iryna Ivaschenko und Herr Prof. Dr. Miklós Losoncz, der an der Fakultät für Wirtschaft der Budapester Universität für Technik und Wirtschaft lehrt, teil. Neben vielen interessierenden Studierenden, kamen auch Journalisten der Zeitungen MTI, Népszabadság, Világgazdaság, Alfa Press, Magyar Nemzet, FAZ und der Budapester Zeitung zu der Veranstaltung.

Während der Diskussion wurden mehrere Problempunkte der ungarischen Finanzpolitik angesprochen. Ein wichtiger Tagesordnungspunkt war die Kredit-Frage. Da in den letzten Jahren die erwarteten wirtschaftlichen Stabilisierungsprozesse in Ungarn nicht durchgeführt wurden, zögerten die EU und der IMF bei der Vergabe von weiteren Hilfgeldern. Das Budgetdefizit des ungarischen Staates ist nach wie vor zu hoch und es wird auch in naher Zukunft keine positive Veränderung erwartet. Nach einer modifizierten Prognose der Europäischen Kommission steigt das zu erwartende Haushaltsdefizit Ungarns im Jahr 2013 auf 3,6%, statt der bisher angenommenen 3%. Die ungarische Regierung geht dagegen weiterhin von 2,2% aus. Dazu bräuchte Ungarn einen wirtschaftsstrukturellen Umbau, der bisher noch nicht verwirklicht wurde. Zwar hat die ungarische Regierung in den letzten eineinhalb Jahren einen restriktiveren fiskalpolitischen Kurs eingeschlagen, indem sie den Széll Kálmán Plan entwarf, der Ausgabenkürzungen vorsieht. Außerdem hat sie die Mehrwertsteuer auf 27% erhöht und sogenannte „Spezialsteuern“ für den Banken-, Telekommunikation-, Einzelhandel-, und Energiesektor eingeführt. Allerdings betrachtet der IWF diese Maßnahmen als unzureichend und teilweise unorthodox.

Nachdem sich die wirtschaftliche Lage des Landes in letzter Zeit verschlechterte, forderte Ungarn eine rasche Entscheidung in der Kredit-Frage, und zwar dass, Gelder trotzdem zur Verfügung gestellt werden. Den rapiden Wechselkursverlust des ungarischen Forints betrachtend, hielt die Regierung ein möglichst schnelles Abkommen mit dem Internationalen Währungsfonds und der EU für notwendig. Ungarn hatte vor, mit dem IWF und der EU ein informelles Gespräch zu führen, denn die IWF-Gesandte Ungarns, Iryna Ivaschenko, stellte klar: „Keine Verhandlungen zu einem neuem Arrangement mit Ungarn werden derzeit geführt und Treffen sind auch nicht geplant“. Diese Aussage des IWF wird von der EU unterstützt, da sie die wirtschaftlichen Fortschritte in Ungarn für ungenügend hält.

Die EU war mit der ungarischen Antwort bezüglich der drei Vertragsverletzungsverfahren nicht zufrieden. Für zwei der drei Verfahren (Richterunabhängigkeit, Datenschutz) wurde Ungarn etwas Zeit gelassen, damit der bestehende Mangel durch entsprechende Gesetzesänderungen aufgehoben werden können. Bei dem dritten Fall ging es um die Unabhängigkeit der Zentralbank, wobei die Kommission weitere Informationen von der ungarischen Regierung gefordert hat.

Trotz der wachsenden Spannungen, die vor allem auch durch die ständigen Angriffe auf die EU seitens des ungarischen Premierministers Viktor Orbán gesteigert wurden, hat sich der Haushaltskommissar vorgenommen, einen regelmäßigen, konstruktiven Dialog zu führen, um herauszufinden, wie die Sparziele erreicht werden können.

Der drohende Mittelentzug über das Defizitverfahren ist aber durchaus kontraproduktiv. Seitens des EP-Präsidenten sollen die seit dem Jahr 2004 eingegangenen vertraglichen Verpflichtungen vor Augen gehalten werden.

Die zurzeit bestehenden Probleme der Finanzpolitik Ungarns müssten in den folgenden Jahren bekämpft werden, damit das Land weiterhin bedeutendes Mitglied der EU bleibt. Deshalb ist es unbedingt nötig, einen Konsens zu finden. Die momentane Situation zeigt, dass Ungarn nicht in der Lage ist, diese Finanzprobleme selbst zu bewältigen. In der Konferenz von Dienstag wurden einige Ziele genannt, die in der Zukunft durchgesetzt werden müssten. Vor allem sollte die Erwerbsquote erhöht werden, um die Binnennachfrage zu stärken und den Staatshaushalt zu entlasten. Außerdem

muss der Staat das Budgetdefizit und die Staatsschulden reduzieren und die Währung stabilisieren, um das Land für ausländische Investitionen attraktiver zu machen. Die eingeführten „Spezialsteuern“ müssten dazu wieder abgeschafft werden. Ausländische Direktinvestitionen sind notwendig, um das Wirtschaftswachstum in Ungarn anzukurbeln.

Erstellt von Eszter Nemeth und Lilla Rozsics  
Budapest, 03.04.2012